

VERABSCHIEDETE FASSUNG

EUROPA MUSS HANDLUNGSFÄHIG BLEIBEN

Resolution

**der Fraktionsvorsitzenden von CDU und CSU
in den deutschen Länderparlamenten und im Deutschen Bundestag
sowie des Vorsitzenden der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament**

**einstimmig beschlossen auf der Großen Konferenz der Fraktionsvorsitzenden
am 13. Juni 2005 in Kiel**

Die Europäische Union befindet sich – nach dem Ausgang der Volksabstimmungen über den Entwurf des Verfassungsvertrages in Frankreich und den Niederlanden – in einer Krise.

Die Gründe für das "Nein" zum Verfassungsvertrag in den beiden Gründungsmitgliedstaaten der Europäischen Union - die sowohl nationale wie auch europäische Aspekte haben - müssen nunmehr zunächst sorgfältig analysiert werden, um daraus Schlussfolgerungen für das weitere Ratifikationsverfahren und den europäischen Einigungsprozess zu ziehen.

Diese Forderung richtet sich an alle Verantwortlichen für die Europapolitik, insbesondere aber an die Staats- und Regierungschefs der 25 Mitgliedstaaten, die am 16. und 17. Juni 2005 in Brüssel zum Europäischen Rat zusammentreffen.

Die Staats- und Regierungschefs dürfen die Entscheidung der Wählerinnen und Wähler in Frankreich und den Niederlanden keinesfalls als kleinen Betriebsunfall abtun und zur normalen Tagesordnung übergehen. Vielmehr ist es unumgänglich, durch aktives Umsteuern in der Europapolitik dafür Sorge zu tragen, den Ängsten der Bevölkerung in der Europäischen Union Rechnung zu tragen und das Grundvertrauen in die Europapolitik wieder herzustellen.

Dazu ist es dringend erforderlich, die Politik überstürzter und nicht ausreichend vorbereiteter Erweiterungen, die das institutionelle Gefüge der Europäischen Union und ihre Bürgerinnen und Bürger überfordern, zu korrigieren. Daher muss deutlich gemacht werden, dass Bulgarien und Rumänien der Europäischen Union erst beitreten können, wenn die Beitrittsvoraussetzungen vollständig erfüllt sind. Im Hinblick auf die guten partnerschaftlichen und strategisch wichtigen Beziehungen der Europäischen Union zur Türkei ist es von herausragender Bedeutung, dass CDU und CSU – für den Fall, dass die Voraussetzungen für den Beginn der Verhandlungen erfüllt sind – eine privilegierte Partnerschaft mit der Türkei und gerade keine Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union anstreben.

Für die ablehnende Entscheidung in Frankreich ist der bevorstehende Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ein wesentlicher Grund gewesen.

Daneben wurde in den letzten Jahren der Europaverdrossenheit der Wähler durch vielfältige bürokratische Initiativen der Europäischen Kommission Vorschub geleistet.

Europa darf nicht in einem die wirtschaftliche und soziale Entwicklung einschränken- den Regelungskorsett ersticken. Europa darf aber auch nicht ständig zum Sünden- bock für Versäumnisse und das Versagen der Nationalstaaten gemacht werden. Wenn "Brüssel" ständig dafür herhalten muss, von der eigenen Unfähigkeit bei der Lösung von Problemen abzulenken, darf man sich über die negative Stimmung ge- genüber der Europäischen Union innerhalb der Bevölkerung nicht wundern.

Daher müssen nunmehr endlich Themen wie Bürokratieabbau sowie Vereinfachung, Verschlankung und Begrenzung der europäischen Gesetzgebung zügig angegangen werden. Es muss deutlich werden, dass nicht jedes Problem in Europa auch ein Problem für Europa ist. Nur durch strikte Aufgabenteilung und die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips können Lösungen erzielt werden, die einen europäischen Mehrwert besitzen und für die Bürgerinnen und Bürger verständlich, nachvollziehbar und sinnvoll sind. Die EU-Kommission ist daher aufgerufen, alle laufenden Gesetz- gebungsvorhaben auf den Prüfstand zu stellen und künftige Vorschläge einer umfas- senden Folgenabschätzung zu unterziehen.

Die rot/grüne Bundesregierung hat in den vergangenen sieben Jahren durch zahlrei- che politische Fehler und Versäumnisse entscheidend dazu beigetragen, dass weite- re Integration in Europa auf Widerstand stößt:

- Durch ihr Verhalten in der so genannten „Österreichfrage“ (Beteiligung der FPÖ an der Regierung in Wien im Jahre 2000) hat sie das Misstrauen zwi- schen kleinen und großen Mitgliedstaaten entscheidend befördert.
- Die nicht konsequente Verwirklichung der so genannten „Lissabon-Strategie“ schwächt die Möglichkeiten von Industrie, Forschung und Lehre innerhalb des europäischen Binnenmarktes.
- Durch Versäumnisse bei den Themen "Arbeitnehmerfreizügigkeit" und "Dienstleistungsfreiheit" im Zusammenhang mit der Erweiterung der Europäi- schen Union zum 01.05.2004 können unqualifizierte Arbeitskräfte ungehindert Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt finden.
- Der uferlose und bis in privatrechtliche Bereiche hineinregulierende Ansatz bei der Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinie in nationales Recht hat in Deutschland dazu beigetragen, Vorurteile gegenüber "Brüssel" zu befördern.
- Das widersprüchliche und offensichtlich unabgestimmte Verhalten einzelner Regierungsmitglieder zu Vorschlägen der EU-Kommission mit erheblicher wirt- schaftspolitischer Bedeutung - wie zum Beispiel in der Chemikalienpolitik - schwächt die deutschen Verhandlungspositionen in den europäischen Gre- mien, schadet dem Wirtschaftsstandort Deutschland und vernichtet tausende von Arbeitsplätzen.

- Städte und Gemeinden sowie die Fahrzeughersteller haben erhebliche Probleme bei der Einhaltung der Feinstaubrichtlinie. Die Bundesregierung hat es versäumt, die Umsetzung von ihr maßgeblich beeinflusster und im Rat mit ihrer Stimme verabschiedeter EU-Richtlinien in Deutschland zu unterstützen.
- Um auf EU-Ebene ernst genommen zu werden und deutsche Anliegen effizient vertreten zu können, bedarf es einer abgestimmten Vorgehensweise gegenüber der Kommission und im Rat. Rot-grün hat es in vielen wichtigen Dossiers wie der Dienstleistungsrichtlinie oder der Patentierbarkeit computerimplementierter Erfindungen versäumt, widersprüchliche Äußerungen von Bundeskanzler und Ministern hierzu zu vermeiden.
- Die Versuche, das Wahlergebnis der Europawahl 2004 bei der Besetzung des Amtes des Präsidenten der Europäischen Kommission zu negieren, haben dem Ansehen dieser europäischen Institution schweren Schaden zugefügt und die Politikverdrossenheit der Wählerinnen und Wähler in Deutschland befördert.
- Die fortgesetzte Verletzung des Stabilitätspaktes hat dazu geführt, dass Vertrauen in den Euro zu erschüttern.
- Durch ihr Drängen, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei am 03. Oktober 2005 zu beginnen, hat die Bundesregierung den gesamten Erweiterungsprozess in eine Akzeptanzkrise gestürzt.
- Die deutsch-französische Zusammenarbeit, die früher als Motor der europäischen Einigung galt, wird von den anderen Mitgliedstaaten vermehrt als Dominanzversuch bewertet.

Die politisch handlungsunfähige rot/grüne Bundesregierung darf jetzt keine Entscheidungen mehr zu Lasten und auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland treffen.

Die jetzige Krise in Europa und die Neuwahlen in Deutschland bieten eine Chance zu einem grundlegenden Politikwechsel. Einer Bundesregierung unter der Führung von Angela Merkel wird es gelingen, das europapolitische Erbe von Konrad Adenauer und Helmut Kohl zu bewahren und die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union wieder herzustellen. Die deutsche Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 bietet dazu eine herausragende Chance.

Eine unionsgeführte Bundesregierung wird darauf hinwirken, dass der europäische Einigungsprozess fortgeführt wird. Sie wird unsere gemeinsame Überzeugung bekräftigen, dass die Europäische Union auf eine neue Grundlage gestellt werden soll, die den Vertrag von Nizza ablöst. Nur so kann die erweiterte Europäische Union Handlungsfähigkeit, Demokratie und Bürgernähe gewährleisten.